

Politische Kriminalität erreicht einen Höchststand

Vor allem aus der Szene der Corona-Leugner heraus werden immer mehr Straftaten verübt

VON MARKUS DECKER

BERLIN. 2021 sind in Deutschland so viele Straftaten mit politischem Hintergrund verübt worden wie in den vergangenen 20 Jahren nicht. Nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur, die sich auf Daten des Bundeskriminalamtes (BKA) stützt, stieg die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um knapp 6 Prozent auf insgesamt 47 303 Delikte.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess hatte eine entsprechende Anfrage gestellt. Durch mögliche Nachmeldungen könnte die Zahl am Ende sogar noch höher ausfallen. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden spielt hier das aufgeheizte gesellschaftliche Klima in der Corona-Pandemie eine wesentliche Rolle.

Die Innenminister von Bund und Ländern sind ange-



Müssen den Kopf hinhalten und werden oft selbst attackiert: Polizisten bei einer Demonstration von Corona-Leugnern in Magdeburg.

FOTO: PAUL ZINKEN/DPA

sichts dieser Entwicklung zunehmend alarmiert. Der neue Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), sagte dem Redaktions-Netzwerk Deutschland

(RND), erste Auswertungen bestätigten den Trend auch in Bayern. „Die Zahl der registrierten Straftaten, die keiner konkreten Ideologie wie rechts oder links zuzuordnen sind, hat sich im vergangenen

Jahr in Bayern mehr als verdoppelt“, fügte er hinzu. „Dahinter verbergen sich insbesondere Straftaten der Corona-Leugner- und ‚Querdenker‘-Szene. Vor allem Hass und Hetze aus diesem Milieu sind im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen. Zielscheibe waren nicht nur Politiker, sondern auch Einsatzkräfte von Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr sowie all diejenigen, die sich im Kampf gegen Corona engagieren, wie Ärzte und Pflegepersonal. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Dagegen müssen wir mit aller Kraft vorgehen.“

Die Straftaten würden von Polizei und Justiz konsequent verfolgt. Wichtig sei dabei insbesondere ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen. Der CSU-Politiker betonte: „Als Vorsitzender der Innenministerkonferenz werde ich den Kampf gegen Hass und Hetze

zu einem Schwerpunktthema machen. Dazu gehört auch der Umgang mit Messengerdiensten wie Telegram.“

Die Lage wird Gegenstand mehrerer Innenministertreffen sein. Heute spricht Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit der Berliner Innensenatorin Iris Spranger und den übrigen Landesinnenministern, die der SPD angehören. Dabei werden die Corona-Proteste, der Rechtsextremismus und der Umgang mit Telegram im Mittelpunkt stehen.

Wie das RND erfuhr, ist für den 28. Januar überdies ein sogenanntes Kamingespräch aller 16 Landesinnenminister und -ministerinnen mit Faeser in Stuttgart geplant. Hier werden die Corona-Proteste ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen. Anlass ist die offizielle Übergabe des Vorsitzes der Innenministerkonferenz an Herrmann.



VON MARKUS DECKER

Die Extremismuszunahme steigt exponentiell

► Das kann niemanden mehr überraschen: Die Zahl politisch motivierter Straftaten ist in Deutschland auf den höchsten Stand seit 20 Jahren gestiegen. Das zeigt die neue und noch nicht offizielle Kriminalitätsstatistik. Zwar sei der Anstieg weder dem linken noch dem rechten Spektrum zuzuordnen, heißt es, doch klar ist: Die Querdenkerei schlägt sich nieder. Die Frage ist nun, was daraus folgt: Die Antwort muss weniger eine sicherheits- als eine gesellschaftspolitische sein.

Zunächst ist offensichtlich, dass die Corona-Leugner nicht der Beginn einer Entwicklung sind, sondern deren vorläufiger Höhepunkt – und keineswegs deren Endpunkt. Verfassungsschützer sehen mit Sorge, dass sich spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 und der Pegida-Bewegung etwas aufschaukelt: Extremisten beuten Alltagsprobleme aus – und immer mehr bis dahin bürgerliche Kreise lassen sich darauf ein, marschieren mit, überschreiten Grenzen.

Das wird mit dem Ende der Corona-Pandemie nicht verschwinden. Neue Anlässe zur Verhetzung sind ja längst da: der Klimaschutz oder die steigenden Energiepreise, in denen viel Eskalationspotenzial steckt. Anders als früher ist der Extremismus sowohl ideologisch wie praktisch grenzüberschreitend organisiert: Er reicht vom russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau bis zum Nicht-mehr-und-vielleicht-baldwieder-US-Präsidenten Donald Trump in Florida. Schon vor Monaten war von einem Extremismus neuen Typs die Rede: der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. Wir haben also eine völlig neue Lage. Entsprechend muss auch die Reaktion völlig neu sein.

Wo Versammlungen vermeintlich spontan angezettelt werden, Gewalt unerwartet ausgeübt wird und Eltern ihre Kinder in Teilen als Schutzschilde missbrauchen, da sind noch so wohlwollende Ordnungshüter mit ihrem Latein am Ende. Für Verfassungsschützer gilt Ähnliches: Die Szene ist zu groß und zu diffus geworden.

Wenn – wie in der Corona-Krise – so viele Menschen Unsinn glauben, dann sollten wir genauer wissen wollen: Wie kommen sie dazu? Wie steht es um ihre gesellschaftliche Integration? Warum widerspricht ihnen niemand? Und was kann man tun, um ein weiteres Abdriften und die anhaltende Erosion von Vertrauen in Institutionen zu stoppen? Das setzt wissenschaftliche Expertise voraus und sprengt den Rahmen dessen, was Sicherheitsbehörden können. Sie sollen sich um die Spitze des Eisbergs kümmern, auch in den digitalen Netzwerken – aber nicht um den Eisberg selbst.

Dabei sollte sich niemand Illusionen machen: Wir haben es hier mit einer riesigen Herausforderung zu tun. Und wenn die Extremismuszunahme weiter exponentiell steigt, dann steht irgendwann die Demokratie als Ganzes zur Disposition.